

Zu Drs 7/3036

Änderungsantrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

zu Drs 7/3036,

Antrag der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SPD zum Thema:

**„Zukunft der Automobilindustrie in Sachsen gestalten –
Branchendialog dauerhaft einrichten“**

Der Landtag möge beschließen, den Antrag wie folgt zu ändern:

1. Im Antragspunkt II. werden nach dem Punkt 3 die folgenden Punkte 3a und 3b eingefügt:

„3a eine „Sächsische Landes-Koordinierungsstelle Transformation“ im Bereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr nach dem Vorbild des Freistaates Thüringen einzurichten und auskömmlich zu finanzieren, die insbesondere Sofortmaßnahmen, Beratung und Koordinierung erforderlicher Maßnahmen für Unternehmen in der Krise einleiten und koordinieren soll;

3b einen Fonds des Freistaates Sachsen zur Bereitstellung von Ressourcen, Fördermitteln und Risikokapital zur Entwicklung nachhaltiger Produkte und Verfahren einer künftig klimagerechten Mobilität (Sächsischer Transformationsfonds) einzuführen, aufzulegen und mit den dafür erforderlichen Mitteln des Staatshaushaltes auskömmlich auszustatten;“.

Dresden, den 14. Juli 2020

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

2. Dem Antrag wird der folgende Antragspunkt III. angefügt:

„III. in Anbetracht der Tatsache, dass die Transformation der Automobilbranche nicht im Alleingang eines Bundeslandes, sondern nur in bundesweiter Kooperation gelingen kann, die Staatsregierung aufzufordern, folgende Initiativen auf der Bundesebene zu ergreifen und weiter zu verfolgen:

1. Einrichtung einer Bundes-Koordinierungsstelle „Transformation Automobilbranche“ unter Einbeziehung der Sozialpartner zur Gewährleistung notwendiger Abstimmungen zwischen den Ländern und Regionen zu Beschäftigungs- und Standortsicherungsmaßnahmen (Zukunftsverträge);
2. Einführung eines bundeseinheitlich gesetzlich geregelten Transformationskurzarbeitergeldes.“

Begründung:

Der Automobilbau steht derzeit am Beginn tiefgreifender Veränderungen. Bereits jetzt ist deshalb eine Reihe von Unternehmen im Zulieferbereich in Schwierigkeiten. Die notwendigen Änderungen der Mobilität vor dem Hintergrund des Klimaschutzes stellen große Teile des Industriezweiges in Frage. Damit ist gleichzeitig die Existenzgrundlage der dort Beschäftigten und ihrer Familien bedroht.

Um nicht die Fehler beim Strukturwandel der sächsischen Braunkohleregionen zu wiederholen und Probleme auf die lange Bank zu schieben, ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE jetzt sofortiges Handeln notwendig.

Ein Teil der in der Chemnitzer Erklärung der IG Metall vom 14. November 2019 erhobenen und im Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Dezember 2019 zum Thema: „Der Transformationsprozess im sächsischen Automobil- und Maschinenbau muss gesteuert werden - Staatsregierung ist in der Verantwortung!“ (Drs 7/926) mitgetragenen Forderungen wurde zwar im vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen aufgegriffen.

Allerdings finden sich andere sehr wesentliche Gegenstände und Forderungen dieses eingeforderten Maßnahmenbündels nicht in diesem Antrag wieder.

Diese Lücke soll mit dem vorliegenden Änderungsantrag geschlossen und die Umsetzung dieser für die Gestaltung der Zukunft der Automobilindustrie notwendigen Maßnahmen im Rahmen des vorliegenden Koalitionsantrages vom Landtag beschlossen werden.